



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.  
Action Committee Service for Peace- Comité d'Action Service pour la Paix

Endenicher Straße 41  
D-53115 Bonn

Telefon: 02 28/2 49 99-0  
Telefax: 02 28/2 49 99-20

agdf@friedensdienst.de  
www.friedensdienst.de

Bank  
BIC  
IBAN

KD-Bank eG Duisburg  
GENODED1DKD  
DE73 3506 0190 1011 3910 16

## ***AGDF: Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge von der Kinder- und Jugendhilfe betreuen lassen***

Bonn, 22. August 2018/dj

Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) hat die politisch Verantwortlichen dazu aufgerufen, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge weiterhin von der Kinder- und Jugendhilfe betreuen zu lassen und dies bei möglichen Gesetzesvorhaben nicht zu ändern. „Es darf nicht dazu kommen, dass diese jungen Menschen, die vor Krieg, Gewalt, Verfolgung und Bedrohung geflohen sind, nun zum Spielball politischer Debatten werden“, warnt Jan Gildemeister, der AGDF-Geschäftsführer.

Die AGDF gehört ebenso wie 53 andere Organisationen zu den Unterzeichnern eines Appells „Es reicht – Fachlichkeit statt Diffamierung“, der in dieser Woche veröffentlicht und an Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey, die zuständigen Landesminister sowie die Fachausschüsse von Bundestag und den Landtagen übersandt wurde.

„Es ist die Pflicht des Staates, der Gesellschaft, der Kirchen, ja jeder und jedes Einzelnen, Flüchtlinge menschlich zu behandeln, zu versorgen, sie zu schützen und ihnen eine Perspektive zu verschaffen. Dies gilt erst recht für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“, unterstreicht Jan Gildemeister. Gerade diese Jugendlichen hätten oft schwierige Lebenswege hinter und große Herausforderungen vor sich. Durch die Kinder- und Jugendhilfe könnten sie nach ihren individuellen Bedürfnissen und Potenzialen gefördert und unterstützt werden, gibt der AGDF-Geschäftsführer zu bedenken.

Wichtig für die AGDF ist, die Fluchtursachen in den Blick zu nehmen. „Politisches wie gesellschaftliches Handeln muss darauf abzielen, Krisen vorzubeugen und Konflikte gewaltfrei zu transformieren, in Deutschland und weltweit“, macht Jan Gildemeister klar. Hier sei Deutschland gefordert, ist er überzeugt. Was nicht benötigt wird, ist aus Sicht der AGDF dagegen alles, was zu Lasten der Flüchtlinge geht. Dazu würden pauschale, Angst fördernde Behauptungen, populistische Forderungen und rechtsradikale, menschenfeindliche Äußerungen gehören.

Scharf wendet sich der Friedensverband daher auch gegen Versuche, auf dem Rücken von Menschen, die in großer Not Schutz in Deutschland suchen, Wählerinnen und Wähler zu gewinnen. „Das vergiftet die gesellschaftliche Stimmung im Land und fördert Ausgrenzung und Gewalt“, warnt Gildemeister.